

**Wolfgang Krieger (Hg.)**

# **Die Auslands- aufklärung des BND**

**Operationen, Analysen,  
Netzwerke**

**BAND 13**

**UNABHAENGIGE HISTORIKERKOMMISSION  
ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE  
DES BUNDESNACHRICHTDIENSTES 1945–1968**

**Ch. Links Verlag**

Wolfgang Krieger (Hg.)

# Die Auslands- aufklärung des BND

Operationen, Analysen,  
Netzwerke

**BAND 13**

UNABHÄNGIGE HISTORIKERKOMMISSION  
ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE  
DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES 1945–1968

**Ch. Links Verlag**

Wolfgang Krieger (Hrsg.)  
in Verbindung mit Andreas Hilger und Holger M. Meding

Die Auslandsaufklärung des BND

Veröffentlichungen der Unabhängigen  
Historikerkommission zur  
Erforschung der Geschichte des  
Bundesnachrichtendienstes 1945 - 1968

Herausgegeben von Jost Dülffer,  
Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang  
Krieger und Rolf-Dieter Müller

BAND 13

Wolfgang Krieger (Hrsg.)  
in Verbindung mit Andreas Hilger  
und Holger M. Meding

## Die Auslandsaufklärung des BND Operationen, Analysen, Netzwerke

Ch. Links Verlag, Berlin

**Ch. Links**

Editorischer Hinweis:

Stellen, an denen einzelne Informationen durch den Bundesnachrichtendienst nicht freigegeben wurden, sind durch Schwärzungen kenntlich gemacht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Der Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

1. Auflage, Juni 2021

entspricht der 1. Printauflage vom Mai 2021

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

[www.christoph-links-verlag.de](http://www.christoph-links-verlag.de)

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin, Tel.: (030) 44 02 32-0

Reihenentwurf: Stephanie Raubach, Berlin

Lektorat: Dr. Bert Hoppe, Berlin

Satz: Andrea Päch, Berlin

ISBN 978-3-96289-118-3

eISBN 978-3-86284-499-9

# Inhalt

Vorbemerkung

Wolfgang Krieger: Einleitung

Was ist und wie arbeitet ein  
Auslandsnachrichtendienst?

Von der Org zum BND

Die Beiträge im Einzelnen

Archivbestände und Einschränkungen bei der Freigabe  
der Manuskripte

Andreas Hilger: Blick durch den Eisernen Vorhang. Der  
westdeutsche Nachrichtendienst und der »Sowjet-  
Kommunismus«, 1946 – 1968

Einführung: Organisation Gehlen und BND im Kalten  
Krieg, 1945 – 1968

- I. Aufbau und Konsolidierung, 1945 – 1956. Der  
westdeutsche Nachrichtendienst zwischen  
Besatzungspolitik und bundesdeutscher Souveränität
  1. Auftakt: US-Army und Organisation Gehlen
  2. Konsolidierung und Übergang: CIA und Org
  3. Zeit des Übergangs: Bundesregierung und Org
- II. Ausbau und Krisen, 1956 – 1968: Der  
Bundesnachrichtendienst und die Dynamik  
internationaler Beziehungen
  1. Auftrag, Organisation und Personal
  2. Informationsbeschaffung
  3. Berichtswesen und Resonanz
- III. Pullach und die Welt im Kalten Krieg, 1945 – 1968

## Andreas Hilger und Sabrina Nowack: Die BND-Spionage in Südosteuropa 1956 - 1968. Personal, Sicherheit, Operationen

### Einführung: Die Organisation Gehlen und Südosteuropa

- I. Ostaufklärung 1956 - 1968: Profil einer Dienststelle
  1. Auftrag: Aufklärung und Abwehr
  2. Strukturen und Personal
  3. HUMINT: Die Seele der Beschaffung - Agenten
- II. 1956 - 1958: Kontinuitäten im Wandel
  1. Eine Bestandsaufnahme
  2. Umbrüche
- III. 1959 - 1963: Krisen
  1. Der BND und seine Gegner
  2. Untiefen der Gegenspionage
- IV. 1964 - 1968: Konsequenzen
  1. Stagnation der Aufklärung
  2. NS-Belastung, Sicherheit und Beschaffung
- V. Fazit
  - Der BND und der Wandel der Zeiten
  - BND-Spionage in Südosteuropa 1956 bis 1968 - Personal, Sicherheit und Operationen

## Tilman Lüdke: Die Aktivitäten von Organisation Gehlen und BND im Nahen Osten, 1946 - 1968

### Einführung: Der Nahe Osten als Konfliktregion

- I. Allgemeine Faktoren und Entwicklungen
- II. Die regionale Situation
  1. Schwerpunkt Ägypten
  2. Syrien
  3. Regimewechsel
  4. Sicherheit und Waffenhandel
  5. Nachrichtendienstliche Kooperationen
  6. Konflikte und Krisen
  7. Entwicklungspolitik

- III. Deutsches Personal im Nahen Osten
  - 1. Altnazis im Nahen Osten
  - 2. Militärberater und »Militärmissionen«
  - 3. Deutsche Raketenspezialisten in Ägypten
  - 4. Schillernde Figuren: Waffenhändler und Glücksritter
  - 5. Nuklearwaffen
  - 6. Die Lotz-Bauch-Affäre
  - 7. Deutsche in Ägypten im Fokus der Israelis
- IV. Mitarbeiter und Quellen: Ausbildung, Rekrutierung und Erfahrungen
  - 1. Das Netz »Konstantin«
  - 2. Der Fall »Demosthenes«
- V. Fazit

Wolfgang Krieger: Die BND-Auslandsoperationen in Nordafrika – eine Fallstudie zu Richard Christmann in Tunesien und Algerien

Einführung: Nordafrika als Operationsgebiet der Organisation Gehlen und des BND

- I. Anwerbung
- II. Tätigkeit in Tunesien
- III. Verdacht der Tätigkeit gegen westliche Partner des BND
- IV. Abschaltung
- V. Terrorismusexperte? Der Staudamm von Fréjus
- VI. Nachlese

Holger M. Meding: Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst in Lateinamerika

Vorbemerkung

Einführung

- I. Lateinamerika als deutscher Aufklärungsraum in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
- II. Der Aufbau von Geheimdienststrukturen der Organisation Gehlen und des BND in Lateinamerika

1. Autonome Netze
2. Kontrollierte Strukturen. Der Aufbau von Residenturen
3. Tarnzeitschriften und infiltrierte Organisationen
4. Alcazar – eine hispanische Verbindungslinie
- III. Operative Geheimdienstarbeit des BND in Lateinamerika
  1. Argentinien: Das Zerreißen eines Netzes
  2. Guatemala: Ein Diplomat als geheime Sonderverbindung
  3. Kubakrise: Die Stationierung sowjetischer Raketen
  4. Kuba: Lauschangriffe
  5. Venezuela: Beschwerliches Ringen um Zugang
  6. ■■■■■■: Aggressive Operationen
  7. Brasilien: Die Befreiung des deutschen Botschafters
- IV. Bedrohliche Vergangenheit: BND-Mitarbeiter mit NS-Hintergrund
- V. Netze und Verbindungen früherer NS-Propagandisten im Lateinamerika-Beschaffungsapparat des Bundesnachrichtendienstes
  1. Vom Propagandaministerium zur Auslandsaufklärung
  2. Pressefinanzierung durch den BND
  3. Vom Abwehrgagenten zur Spitzenquelle des BND
  4. Eine Penetrationsquelle in der Guerilla
  5. Gratwanderungen
  6. Ein NS-Dissident als BND-Solitär
- VI. Ergebnisse und Nutzung der nachrichtendienstlich gewonnenen Erkenntnisse
- VII. Der Fall Eichmann

Jutta Braun: Hans Georg Schulz. Einflussagent in der »Frontstadt Berlin«

- I. Einleitung

- II. »Milieusicherheit«: Zur Biographie von Hans Georg Schulz
- III. Hans Georg Schulz und der Pressekrieg zwischen Ost und West
- IV. Das Netz von »V-5744«
- V. Der »Zwischenfall im Nashorn-Haus« und die Puschkin-Note
- VI. Vom Mitarbeiter zum Verräter?
- VII. Fazit

Wolfgang Krieger: Der Fall Langemann und der Strategische Dienst – eine Fallstudie

Einführung: Einblicke in die Denk- und Arbeitsweisen des BND

- I. Ein geheimnisvoller Dienst im Dienst
- II. Dr. Langemann
- III. Der Arbeitsbereich Langemanns
- IV. Geheimagent im Nebenamt
- V. Der Sonderfall »Ferrari«
- VI. Dr. Langemann wird Schriftsteller
- VII. Die Rekonstruktion des »Vorfalls Dr. Langemann«

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

Quellen- und Literaturverzeichnis

Personenregister

Angaben zu den Autorinnen und Autoren und Herausgebern

In der Forschungsreihe zur Geschichte des BND sind bisher erschienen

# Vorbemerkung

Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 - 1968

Die Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 - 1968 (UHK) wurde im Frühjahr 2011 berufen und sechs Jahre mit insgesamt 2,2 Millionen Euro aus Bundesmitteln finanziert. Die Kommission sowie ihre zeitweilig zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen zuallererst gedankt sei, hatten im Bundeskanzleramt und im Bundesnachrichtendienst freien Zugang zu allen derzeit noch klassifizierten und bisher bekannt gewordenen Akten des Untersuchungszeitraums. Nach vorbereitenden »Studien« ([www.uhk-bnd.de](http://www.uhk-bnd.de)) legt sie ihre Forschungsergebnisse nun in mehreren Monografien vor. Die UHK hatte sich verpflichtet, die Manuskripte durch eine Überprüfung seitens des BND auf heute noch relevante Sicherheitsbelange freigeben zu lassen. Dabei ist sie bei keiner historisch bedeutsamen Information einen unvermeidbaren Kompromiss eingegangen.

Das Forschungsprojekt zur Geschichte des BND unterscheidet sich von ähnlichen Vorhaben insofern, als es sich nicht auf die Analyse der personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit beschränkt, sondern eine breit gefächerte Geschichte des geheimen Nachrichtendienstes aus unterschiedlichen Perspektiven bietet. Eine Bedingung der Vereinbarung mit dem BND war es gewesen, dass die UHK den Rahmen und die Schwerpunkte ihrer Forschung selbst festlegt. Gleichwohl waren auf einigen Feldern Einschränkungen hinzunehmen, namentlich bei den Partnerbeziehungen und den Auslandsoperationen des Dienstes.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, vertreten durch Herrn Ministerialdirigent Hans Vorbeck, war ausgezeichnet. Bei den BND-Präsidenten Ernst Uhlau, der das Projekt durchsetzte, Gerhard Schindler, der es förderte, und Bruno Kahl, der die Erträge erntet, stieß die Arbeit der Kommission auf wachsendes Verständnis und Entgegenkommen.

Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke (Sprecher), Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Herausgeber Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke und Rolf-Dieter Müller können sich mit diesem Band nicht voll identifizieren.

# Wolfgang Krieger: Einleitung

## Was ist und wie arbeitet ein Auslandsnachrichtendienst?

Die globale Auslandsaufklärung ist das Kerngeschäft des Bundesnachrichtendienstes (BND). Dabei geht es um die Beschaffung geheim gehaltener Informationen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Handlungsfähigkeit ihrer Regierung von besonderer Bedeutung sind. Welche Informationen sind das? Von wem und warum werden sie geheim gehalten? Wie werden sie beschafft und analysiert? Und an wen werden die daraus gewonnenen Analysen adressiert?

Die Art der zu beschaffenden Informationen richtet sich nach der jeweiligen Bedrohungslage. Und diese Bedrohungen haben sich seit den Anfängen der Bundesrepublik stark verändert. Im hier bearbeiteten Zeitraum von 1946 bis 1968 stellte die expansive Hegemonialpolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten die größte Bedrohung dar. Die Stationierung von Hunderttausenden sowjetischer Soldaten sowie Tausender Panzer, Kampfflugzeuge und anderen Kriegsgeräts in Mittel- und Osteuropa – außerhalb des sowjetischen Territoriums – ließ befürchten, dass politische Spannungen jederzeit zum Krieg führen konnten. Die zentrale Frage lautete: Was beabsichtigte die sowjetische Führung mit dieser massiven Militärpräsenz von rund 400 000 Mann in Europa jenseits ihrer Grenzen? Welche Mittel würde sie eventuell einsetzen, um ihre politischen Ziele zu erreichen? Plante sie einen militärischen Angriff auf den Westen?

Auf diese Fragen gab es keine einfachen Antworten, aber es gab Fakten, die man nicht ignorieren konnte. Bei

Kriegsende 1945 hatte die Sowjetunion binnen weniger Monate die Staaten im östlichen Europa in kommunistische Diktaturen verwandelt, die unter ihrer Kontrolle standen. Das wäre ohne massive Drohungen mit Waffengewalt und ohne massenhafte Verhaftungen von führenden nichtkommunistischen Persönlichkeiten unmöglich gewesen.<sup>1</sup> In Deutschland und Österreich, die von den vier Siegermächten militärisch besetzt und kontrolliert wurden, fiel der Sowjetunion jeweils die östliche Besatzungszone zu. Dort konnte sie praktisch unbegrenzt in Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft eingreifen und Truppen stationieren.

Die Politik der Sowjetisierung hinter dem »Eisernen Vorhang« ging mit dem Aufbau einer militärischen Drohkulisse gegen die Westmächte einher. Die sich verschärfende Konfrontation stand allen Versuchen im Weg, im Konsens eine neue politische Ordnung für Europa zu verwirklichen, wie sie die vier Siegermächte in den Abkommen von Jalta und Potsdam vorgesehen hatten. Mit Ausnahme einer Friedensregelung für Österreich (im Belvedere-Vertrag von 1955) kam es über Jahrzehnte hinweg zu keinen politischen Lösungen, auch nicht zu einem Friedensvertrag für Deutschland. In der Folge rüsteten die Staaten im westlichen Europa auf, um ein Gegengewicht zur sowjetischen Militärpräsenz sowie zur Aufrüstung der Ostblockstaaten zu bilden.

In Ostasien wurden China (ausgenommen Taiwan, Hongkong und Macau) sowie die nördlichen Teile von Korea und Vietnam sowjetisiert. Der Versuch des nordkoreanischen Regimes, die Südhälfte des Landes zu erobern, entwickelte sich im Juni 1950 zu einem Krieg, in den die Westmächte, die Volksrepublik China sowie (insgeheim) auch die Sowjetunion eingriffen. In Indochina kämpften bereits seit 1946 französische Truppen mit verdeckter Unterstützung der USA gegen nordvietnamesische Verbände, die ihrerseits

heimlich durch Peking und Moskau unterstützt wurden. In diesen beiden Kriegen starben in Indochina eine halbe Million und in Korea mehrere Millionen Menschen.

Vor diesem Hintergrund entstand im westlichen Lager die Furcht, es könnte in Europa zu ähnlichen Kriegen kommen. Um die sowjetische Expansion »einzudämmen«, wie es der amerikanische Diplomat George F. Kennan bereits im Februar 1946 vorschlug, entstand zunächst 1949 die NATO, wurde Westeuropa mit amerikanischer Hilfe aufgerüstet und schließlich 1955 die westdeutsche Bundeswehr gegründet. Die Sowjets reagierten ihrerseits mit der Unterzeichnung des Warschauer Bündnisvertrages im Jahr 1955 und der Gründung der ostdeutschen Nationalen Volksarmee im Jahr 1956.

Mitte der 1950er Jahre kam zusätzlich die Befürchtung auf, die Sowjetunion könnte die Auflösung der europäischen Kolonialreiche dazu benutzen, ihre Ideologie in die Länder der sogenannten Dritten Welt zu exportieren. Einer derartigen kommunistischen Unterwanderung, so glaubte man im Westen, könnten all jene Staaten zum Opfer fallen, die sich nicht ausdrücklich zum Westen bekannten. Die kommunistischen Parteien, Gewerkschaften und Studentenorganisationen, die in früheren Kolonien und anderen Entwicklungsländern bald überall mehr oder weniger offen zutage traten, wurden im Westen als erste Anzeichen für eine solche Entwicklung gewertet. Handels- und Freundschaftsverträge mit Moskau sowie Delegationsbesuche und Militärhilfe aus kommunistischen Staaten waren weitere Signale für ein mögliches Abdriften einzelner Staaten in das sozialistische Lager.

Auch die Entstehung eines »Blocks« neutraler Staaten wurde im Westen mit Misstrauen beobachtet. Auf einer Konferenz im indonesischen Bandung trafen sich im April 1955 die Vertreter von 29 afrikanischen und asiatischen Staaten, in denen die Hälfte der damaligen Weltbevölkerung lebte. Sie warnten vor einem »Neokolonialismus« und

distanzierten sich von der Lagerbildung nach dem Ost-West-Schema. Doch ihr Kampfbegriff der »Blockfreiheit« war ausgesprochen vieldeutig, denn die Volksrepublik China – eines der wichtigsten Mitglieder – verstand darunter allenfalls eine gewisse Distanzierung von Moskau, aber keinesfalls ein Abrücken von der kommunistischen Ideologie. Andere »Blockfreie«, darunter Indien, Ägypten und später das kommunistische Kuba, sahen nicht einmal in einer engen Zusammenarbeit mit Moskau einen Widerspruch.

Zwar ergriff die sowjetische Führung die sich bietenden Chancen der Einflussnahme in den Ländern der sogenannten Dritten Welt zunächst nur zögernd, doch die Ausbreitung des Kommunismus in der postkolonialen Welt nahm ihren Lauf und brachte einen weiteren Schauplatz des Ost-West-Konfliktes hervor. Sogar Lateinamerika, das bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts die europäische Kolonialherrschaft hinter sich gelassen hatte, wurde zum ideologischen Schlachtfeld des Kalten Krieges.<sup>2</sup>

Als Reaktion auf diese Entwicklung wurden nun auch die »neuen Staaten« der Dritten Welt zu einem wichtigen Aufklärungsgebiet des BND. Zwar gab es in Deutschland, das 1919 seine Kolonien verloren hatte, keine ähnlich starke Bindung an die Dritte Welt wie in Großbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal, den Niederlanden und Belgien. Doch wollte man verhindern, dass diese Staaten die DDR diplomatisch anerkannten und damit den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch in Frage stellten. Im Rahmen der sogenannten Hallstein-Doktrin drohte Bonn daher, zu jeder Regierung die Beziehungen abubrechen, die die DDR anerkannte. Daneben gab es ein großes wirtschaftliches Interesse der exportorientierten Wirtschaft der Bundesrepublik, zumal man damals eine rasche Industrialisierung und ein hohes Wirtschaftswachstum in diesen Regionen erwartete (dies stellte sich als

Fehlkalkulation heraus). Aus diesen Gründen wollte man alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflüsse der Sowjetunion und des übrigen »Ostblocks« sorgfältig beobachten und zugleich durch eine großzügige Entwicklungshilfe internationale Präsenz zeigen.

Aus dieser groben Skizze der weltpolitischen Zusammenhänge folgt zweierlei: Erstens lässt sich die Geschichte eines Auslandsnachrichtendienstes nicht ohne ihren Kontext schreiben; und zweitens muss immer wieder davor gewarnt werden, aus dem Heute der internationalen Politik vorschnelle Schlüsse auf das Gestern zu ziehen, denn das »Lagebild« samt seinen Bedrohungserwartungen hat sich seit den Tagen des frühen Kalten Krieges grundlegend gewandelt.

Heute wird die Bundesrepublik nicht primär durch Großmächte bedroht, wenngleich es massive politische Konflikte mit China, Russland und sogar den USA gibt. Sicherheitsbedrohungen im engeren Sinn gehen vor allem von der aggressiven Politik mittelgroßer Diktaturen wie Iran oder Nordkorea aus sowie von Krisenherden im Nahen Osten, in Teilen Afrikas und in Zentralasien, die sich auf Deutschland auswirken. Das ist etwa der Fall, wenn solche Länder als Operations- und Rückzugsgebiete für terroristische Organisationen dienen oder ihre Regierungen Nachbarstaaten destabilisieren und massenhaftes Elend anrichten. Hinzu kommen Bedrohungen durch die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, durch Umweltzerstörung, Migration und massenhafte Menschenrechtsverletzungen. Doch die Methoden der Beschaffung von geheimen Informationen haben sich nicht prinzipiell verändert, sondern nur technisch fortentwickelt. Wurden früher Telefon- und Telegrafverbindungen angezapft und Funksprüche abgehört, so kam später das Ausforschen von Internetkabeln, Datenspeichern, Finanzströmen und sozialen Medien sowie das Abhören von Mobilfunknetzen hinzu. Auch die Erfassung von

nichtverbalen Signalen, Luft- und Satellitenbildern sowie von forensischen Indikatoren spielt eine zunehmende Rolle.

Die Gründe für die Beschaffung mit geheimdienstlichen Mitteln bleiben ohnehin gleich, weil die Verursacher von tatsächlichen oder vermuteten Bedrohungen – seien es Regierungen oder private Personen, Organisationen und Netze – ihre Absichten, Fähigkeiten, Handlungen und Verbündeten oder Befehlsempfänger nicht offenlegen wollen. Um dem Gegner die Möglichkeit eines überraschenden Vorgehens zu nehmen, werden Informationen über ihre geheimen Absichten und Fähigkeiten mit geheimdienstlichen Mitteln und Methoden beschafft. Das gelingt selbstverständlich nicht immer, doch wenn es gelingt, lässt sich damit die eigene Regierung rechtzeitig auf Bedrohungen hinweisen, die dann entsprechend reagieren kann.

In erster Linie geht es also bei der Auslandsaufklärung um ein »Vorauswissen«, wie es der chinesische Militärstrategie Sunzi vor 2500 Jahren nannte.<sup>3</sup> Mit diesem Vorauswissen soll dem Gegner die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs (surprise attack), eines verdeckten Angriffs oder eines überraschenden strategischen Vorteils (strategic surprise) genommen werden. Anders formuliert: Es geht bei der Auslandsaufklärung um Informationen, die ein Gegner geheim hält, um anderen Staaten oder Gesellschaften oder Gruppen »seinen Willen aufzuzwingen«, wie Carl von Clausewitz vor 200 Jahren das Wesen des Krieges definierte.

Gewiss sammeln Geheimdienste auch Informationen über Konkurrenten oder Verbündete, um sich Vorteile zu verschaffen oder um deren Verhalten besser zu verstehen und genauer kalkulierbar zu machen. Auch Wirtschafts-, Finanz- und Industriespionage kann dazugehören. Des Weiteren führen die Geheimdienste der Großmächte sowie der regionalen Hegemonialmächte verdeckte Operationen

durch, um politischen oder ideologischen Einfluss auszuüben, um Gegner mit Waffengewalt zu bekämpfen oder sogar um ausländische Regierungen zu stürzen. Doch das Kerngeschäft bleibt die geheime Informationsbeschaffung.

Wie kommt man an diese geheimen Informationen, und wie werden sie zu Analysen verarbeitet? Grob vereinfachend lassen sich vier Beschaffungsmethoden unterscheiden. Aus »Spionageaffären« und -romanen kennt man den Spion, der Zugang zu Geheiminformationen hat und sein Wissen dem feindlichen (oder gegnerischen) Geheimdienst liefert – zumeist gegen Geld, gelegentlich auch für andere Belohnungen oder aus Idealismus. Dieser Spion wird in der Fachsprache als »menschliche Quelle« bezeichnet, die Methode insgesamt als Human Intelligence (HUMINT). Historisch ebenso weit zurück reichen menschliche Quellen, die ihr Geheimwissen unfreiwillig preisgeben. Dazu gehören Kriegsgefangene und entführte oder verhaftete Geheimnisträger, die zu Aussagen gezwungen werden. Eine unabsichtliche Preisgabe findet statt, wenn ein Informant gar nicht weiß, dass er sein Wissen einem fremden Dienst weitergibt und somit »abgeschöpft« wird.

Mit der Entwicklung der modernen Nachrichtentechnik – Telegrafie, Telefon, drahtloser Funkverkehr, Mobiltelefonie, Datenspeicher und Internet – entwickelte sich die »technische Beschaffung« zur dominierenden Methode der Informationsbeschaffung des gesprochenen oder geschriebenen Wortes, nachdem die Entschlüsselung von Briefen und Depeschen bereits ein Fundament dafür gelegt hatte. In der Fachsprache wird dafür der Begriff Signals Intelligence (SIGINT) verwendet. Hinzu kamen nichtverbale Informationsträger wie radioaktive Strahlung, Radarsignale, Satellitensignale, chemische Spuren und biologische Nachweise, wie man sie aus der Strafverfolgung (Forensik) kennt. Auch die Beschaffung und Auswertung von Bildern, Luftpartikeln und Geräuschen, letztere zur Ortung von U-

Booten, zählen zur technischen Aufklärung. Hier spricht man zusammenfassend von Measurement and Signature Intelligence (MASINT).

Als eine dritte Beschaffungsmethode lässt sich der Informationsaustausch unter Geheimdiensten bezeichnen. Dieser Austausch setzt allerdings voraus, dass jede Seite etwas anzubieten hat, denn in der Regel handelt es sich hier um Tauschgeschäfte, und zwar nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit. Als Gegenleistungen können Informationen und Analysen dienen, die aufgrund besserer Informationszugänge oder besserer Expertise des einen Partners für den anderen von Interesse sind. Es kann jedoch auch um Privilegien gehen, beispielsweise die Genehmigung einer Abhörstation oder eines geheimdienstlichen Stützpunktes auf dem Boden des Partnerstaates. Schließlich sind gemeinsame Operationen zu nennen, in die jede Seite ihre besonderen Zugänge und Fähigkeiten einbringt. Ein Tauschgeschäft bleibt es in jedem Fall.<sup>4</sup>

Viertens ist schließlich die Informationsgewinnung aus offenen Quellen zu nennen – die Open Source Intelligence (OSINT), die etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Entsendung von Militärattachés begann, die amtliche Publikationen und technische Fachliteratur sowie die nationale Presse auswerteten. Im Zweiten Weltkrieg setzten die USA und Großbritannien Tausende von Akademikern ein, um Nachrichten aus Deutschland und den deutsch besetzten Gebieten zu sammeln und im Hinblick auf eine geplante Neuordnung Europas auszuwerten. Dabei kamen auch zahlreiche politische Emigranten zum Einsatz. Heute wächst die Informationsbeschaffung aus dem Internet, einschließlich der Sozialen Medien, rasend schnell an und ergänzt die Erfassung der klassischen Medienerzeugnisse.<sup>5</sup>

In der Praxis handelt es sich bei der Auslandsaufklärung um eine komplexe Abfolge von Arbeitsschritten, die jeder Geheimdienst vor der Welt verborgen hält. Deshalb werden

sowohl die menschlichen Quellen als auch die technischen Zugänge mit allen erdenklichen Mitteln unter Verschluss gehalten. Das Gleiche gilt für die Wege, auf denen diese Informationen übermittelt werden. Im Englischen spricht man pauschal von »sources and methods«, im Deutschen vom »Quellenschutz« und vom »Schutz der nachrichtendienstlichen Zugänge«.

Diese Geheimhaltung erstreckt sich über erstaunlich lange Zeiträume. Denn erstens sichern die Geheimdienste ihren menschlichen Quellen ein zeitlich unbegrenztes Stillschweigen zu, da sie diese Zusicherung als Vertrauenskapital sehen, welches zur Rekrutierung von Quellen und ihrem Hilfspersonal unerlässlich ist. Und zweitens wollen sie ihre Methoden der Beschaffung schützen, auch wenn immer neue Techniken zum Einsatz kommen. Nach dem Verständnis der Geheimdienste geht es nicht nur um die konkreten technischen Mittel, sondern auch um den Kontext, in dem solche Mittel eingesetzt werden. Beispielsweise werden Telefongespräche noch immer abgehört, wenn auch mit anderen technischen Verfahren als zur Zeit der Telefondrähte und der mechanischen Relaisstationen. Weiterhin werden geheime Schriftstücke fotografiert (oder kopiert) und geheime Nachrichten durch Geheimtinte, Mikroschrift oder Verschlüsselung unsichtbar oder unlesbar gemacht. Wohn- und Geschäftsräume werden mit allerlei technischen Mitteln überwacht (»Lauschangriff«), Medien und Presseorgane oder zivilgesellschaftliche Organisationen und Privatunternehmen werden beobachtet und beeinflusst. Unter Fachleuten bezweifelt niemand die Existenz solcher Beschaffungsmethoden, aber kein Geheimdienst ist bereit, konkrete Beispiele der eigenen Seite zu benennen.

Weitgehend gleich geblieben ist auch die Beschaffung von geheimen Informationen durch menschliche Quellen. Personen, die Zugang zu solchen Informationen haben oder sich verschaffen können, werden angeworben, geführt,

entlohnt, geschützt und häufig dazu verleitet, in ihrem Operationsgebiet schwere Straftaten zu begehen. Eine Anzahl solcher Personen, die in einem Staat oder in einer Organisation tätig sind, kann zu einem Netz zusammengeschlossen werden. Dadurch erhält man vielerlei Einzelinformationen, die sich wie Puzzlestücke zu einem größeren Lagebild zusammensetzen lassen. Zugleich lassen sich die einzelnen Informationen wechselseitig auf ihre Zuverlässigkeit oder zumindest ihre Plausibilität prüfen.

Eine solche Prüfung von Meldungen findet in zweierlei Hinsichten statt. Zum einen geht es um die Zuverlässigkeit und sachliche Richtigkeit der Meldung. Zum anderen um ihren Informationswert im Vergleich zum bisherigen Kenntnisstand. In der Praxis lassen sich beide Fragen kaum voneinander trennen, da sich der Wahrheitsgehalt oft nicht prüfen lässt. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn ein Ereignis oder ein Sachverhalt nur durch eine einzige Meldung oder Person berichtet wird. Typischerweise muss dann eine Plausibilitätsprüfung erfolgen, die wiederum eine profunde Kenntnis der Zusammenhänge erfordert. Deshalb werden geheimdienstliche Meldungen zumeist mit einer Einschätzung der Zuverlässigkeit der Quelle und des Erkenntniswertes der Information versehen, ehe sie »ausgewertet«, also in einer Analyse verarbeitet werden.

Für Außenstehende mag es unverständlich sein, dass Quellen und nachrichtendienstliche Zugänge über viele Jahrzehnte hinweg einer derart strengen Geheimhaltung unterworfen werden dürfen, wie das Bundesverwaltungsgericht im Oktober 2018 ausdrücklich feststellte.<sup>6</sup> Für Historiker ist sie höchst ärgerlich, denn in der Praxis halten die meisten Geheimdienste ihre konkrete Beschaffungstätigkeit nach 1945 noch immer unter Verschluss. Sie gewähren allenfalls sorgsam gefilterte Einblicke, wobei sie am ehesten administrative Strukturen und fertige Analysen offenlegen – und das nur im großen

zeitlichen Abstand. Die oft geäußerte Ansicht, staatliche Unterlagen, auch geheimdienstliche, seien nach 20 oder 30 Jahren öffentlich zugänglich, ist grundfalsch - auch in westlichen Demokratien, die von »Informationsfreiheit« für ihre Bürger sprechen und dafür gesetzliche Regelungen schaffen.

Allerdings besteht ein großes Spannungsverhältnis zwischen Geheimhaltung auf der einen Seite und dem Bedürfnis der Geheimdienste, ihre Erfolge und Fähigkeiten der Öffentlichkeit mitzuteilen. Diese Mitteilungen erfolgen über vielerlei Wege. Zum einen kennt man eine Fülle von Memoiren und autorisierten Biographien, in denen sich die Chefs der Dienste präsentieren. In Deutschland denkt man vor allem an die Erinnerungen von BND-Gründer Reinhard Gehlen, während seine Vorgänger und Nachfolger wenig über ihre Tätigkeit preisgaben.<sup>7</sup> In der angelsächsischen Welt sowie in Frankreich ist dieses Modell der »Chef-Memoiren« jedoch weit verbreitet. Sodann sind vielerlei Sachbücher, Romane und Filme zu nennen, die in der einen oder anderen Form von den Geheimdiensten inspiriert, gefördert oder gar finanziert wurden. Man denke an die James-Bond-Romane von Ian Fleming oder die Bücher von Rudyard Kipling, William Somerset Maugham, Graham Greene, Len Deighton, John le Carré, Pierre Nord, Tom Clancy, Robert Ludlum und Charles McCarry - um einige der bekanntesten Autoren zu nennen. In den meisten Fällen handelt es sich um Autoren, die selbst aus den Geheimdiensten kommen oder zumindest von dort mit Expertise versorgt werden - wenngleich dies einige von ihnen leugneten. Das gleiche gilt für publikumswirksame Filme und Fernsehproduktionen.

Sogar die Berichterstattung in der Presse lebt davon, dass die Geheimdienste Informationen und Dokumente »der Presse zuspielen«, um öffentliche Debatten zu beeinflussen oder gar zu steuern. Selbstverständlich werden sowohl die

Geheimdienste als auch die betreffenden Journalisten alles abstreiten und die Presseberichte als Früchte journalistischer Recherchen deklarieren. Die Dienste werden sich weigern, irgendetwas zu bestätigen oder zu dementieren. Aber wenn man sich lange genug damit befasst, beginnt man das Spiel zu durchschauen.

Greifen wir ein berühmt-berüchtigtes Beispiel heraus, die amerikanische Watergate-Affäre von 1972 bis 1974. Die geheimnisvolle Quelle der Journalisten Bob Woodward und Carl Bernstein von der Washington Post, lange nur unter dem Pseudonym Deep Throat bekannt, war kein geringerer als der Stellvertretende FBI-Direktor Mark Felt. Er verfolgte mit seinen Enthüllungen sehr bestimmte, zum Teil persönliche Ziele, um seine Behörde – eine Mischung aus Kriminalpolizei und Inlandsgeheimdienst – aus der Schusslinie der politischen Öffentlichkeit zu ziehen. Erst 30 Jahre später gab Felt öffentlich bekannt, wie und in welchem Umfang er die beiden Journalisten mit Informationen beliefert hatte.<sup>8</sup>

Man versteht diese Beziehung zwischen Geheimdiensten und Medien besser, wenn man sich drei Sachverhalte klarmacht. Erstens besteht in demokratischen Staaten die Notwendigkeit, den Verbrauch von Steuermitteln zu rechtfertigen. Das fällt den Geheimdiensten aufgrund der genannten Geheimhaltungszwänge besonders schwer. Zweitens haben Geheimdienste eine abschreckende Funktion, ähnlich der Polizei, dem Militär, den Gerichten und dem Strafvollzug. Dem Gegner soll signalisiert werden, dass er und seine bedrohlichen Geheimnisse nicht geheim bleiben. Und drittens leben die Geheimdienste unter der ständigen Bedrohung von Verratsfällen und anderen Skandalen, die vor Gericht sowie in der Öffentlichkeit ausgebreitet werden und einen Eindruck von Inkompetenz, unverzeihlicher Schlamperei und sogar Verletzung von Gesetzen und moralischen Grundsätzen vermitteln. Deshalb

betreiben sie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, um einerseits abschreckend zu wirken und sich andererseits in ein vorteilhaftes Licht zu rücken.

Bis in die 1990er Jahre hinein herrschte keinerlei Transparenz. Es gab keine Webseiten, keine Interviews der Chefs in den Medien und keine offene Personalrekrutierung. Somit waren die Geheimdienste, außer bei Skandalen, nicht öffentlich sichtbar. Und sie sollten es auch nicht sein, denn über allem stand die eherne Regel, jedwede Suche nach Missständen und Fehlern von den politischen Auftraggebern fernzuhalten. Tatsächlich wurden viele Operationen mit der Maßgabe befohlen, keine Spuren des Regierungsauftrages zu hinterlassen, damit die Politiker glaubhaft abstreiten konnten, davon gewusst zu haben (in den USA einst als »plausible deniability« bezeichnet).

Kehren wir zurück zu den praktischen Arbeitsschritten, die von der Beschaffung der geheimen Informationen bis zur Erstellung eines Lagebildes zu durchlaufen sind. Nach deren Beschaffung und Überprüfung werden möglichst alle Hinweise auf die Herkunft der Informationen getilgt, um das Risiko von Enttarnungen zu reduzieren. Erst dann werden die Lageeinschätzungen oder Bedrohungsanalysen an die »Bedarfsträger« im Regierungsapparat verteilt. In der Regel sind das diejenigen Ministerien und Dienststellen, die mit Fragen der äußeren Sicherheit, aber auch mit der Vertretung vitaler Interessen gegenüber dem Ausland zu tun haben. Meist sind diese Berichte für einen sehr begrenzten Empfängerkreis bestimmt. Auch im BND enthalten derartige Berichte in der Regel keine Informationen über Quellen und technische Zugänge. Dort heißt es beispielsweise nur: »Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, dass die jährliche Produktion von Flugabwehrraketen des Typs X im Staat Y so und so viel Stück beträgt. Die Raketen werden am Ort Z aufgestellt.«

Wenn der Personenkreis, aus dem eine Meldung stammt (oder stammen könnte), sehr klein ist, lässt sich deren

Herkunft nur schwer verschleiern. Bei einem Bericht über ein Geheimgespräch von zwei ausländischen Ministern zu einem hochsensiblen Gesprächsthema dürfte es allenfalls eine Handvoll möglicher Informanten geben. Umgekehrt ist es möglich, dass die Quelle über ein Treffen berichtet, das sie selbst erfunden hat, um sich gegenüber dem Dienst wichtig zu machen und dabei annimmt, die Nachricht könne ohnehin nicht überprüft werden. Dann wäre es ein Fall von Nachrichtenschwindel, der im Metier der Beschaffung ebenso häufig wie gefürchtet ist. Man denke an den Fall des irakischen Flüchtlings, der dem BND von angeblichen mobilen irakischen Giftgaslaboren berichtete. Diese vermeintlich präzise Information spielte bekanntlich eine nicht unerhebliche Rolle beim amerikanisch-britischen Angriff auf den Irak Anfang 2003.<sup>9</sup>

Man erkennt hier das Dilemma, dem sich Geheimdienste gegenübersehen. Sie wollen und müssen ihren Regierungen möglichst Aufsehen erregende Meldungen liefern. Zugleich sollen sie frühzeitig vor Gefahren warnen, die sich erst noch entwickeln und für die es somit noch keine abgesicherten Belege gibt. Dabei besteht immer die Möglichkeit, dass sich eine Meldung oder gar eine Bedrohungsanalyse als falsch erweist. Mit ihren Einschätzungen bewegen sich die Dienste also oft genug auf sehr dünnem Eis. Deshalb muss man im historischen Rückblick stets bedenken, in welcher Situation und mit welchen gesicherten Erkenntnissen bestimmte Meldungen oder Einschätzungen abgegeben wurden.

Umgekehrt fällt es manchmal im großen historischen Abstand leicht, die Furcht vor einer Bedrohung, beispielsweise einem sowjetischen Angriff oder einer kommunistischen Subversion im Westen, als Übertreibung abzutun. Im konkreten Fall von Westdeutschland im Kalten Krieg beklagt man häufig (und nicht immer zu Unrecht) einen aus der NS-Zeit tradierten Antikommunismus oder eine gezielte Panikmache zur Absicherung von Karrieren und

Institutionen. Bei aller Perzeptionsanalyse und ausgerüstet mit dem Instrumentarium der Organisationssoziologie wird man sich allerdings klarmachen müssen, welche objektiv feststellbaren Bedrohungen es gab und welche alternativen Entwicklungen damals denkbar waren. Da kein westlicher Geheimdienst jemals bis in die Entscheidungszirkel des Kremls vordringen konnte, war eine letzte Gewissheit über die Strategie der sowjetischen Führung unmöglich. Beispielsweise konnte niemand die sowjetische Stationierung von Atomraketen auf Kuba vorhersehen. Inzwischen ist bekannt, dass sich 1962 im Moskauer Politbüro eine Mehrheit gegen das Risikospiele von Nikita Chruschtschow aussprach, weil die Sowjetunion der amerikanischen Atomstreitmacht damals noch weit unterlegen war. Vorzuwerfen ist den US-Geheimdiensten allerdings, dass sie sich allzu sicher waren, diese Möglichkeit ausschließen zu dürfen und gar nicht erst nach möglichen Indikatoren dafür zu suchen – bis es zu spät war, weil sich die Raketen und Sprengköpfe bereits auf Kuba befanden. Das ist nur eines von vielen Beispielen, die zeigen, wie und warum man im historischen Rückblick vermeiden muss, vorschnell über Erfolge und Misserfolge der Auslandsaufklärung zu urteilen.

## Von der Org zum BND

Fragen wir nun konkret, wie die Auslandsaufklärung in der Vor- und Frühgeschichte des BND konkret funktionierte. Wie war es um seinen Apparat bestellt, sein Personal, seine Möglichkeiten der Beschaffung, seine Zielsetzung und seine Führung? Welche Aufgaben wurden ihm gestellt? Welche Erfolge und Misserfolge waren zu verzeichnen?

Bekanntlich entstand der BND aus einer Vorläuferorganisation, die zumeist als »Organisation Gehlen« oder nur als »Org« bezeichnet wurde. Es handelte sich anfänglich um eine kleine Gruppe von ehemaligen

Wehrmachtsoffizieren, die sich 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befanden und dort dem US-Militärgeheimdienst ihre Mitarbeit anboten. Während des Krieges hatten einige von ihnen in der Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) des Generalstabes des Heeres gedient und dort Lageberichte über die feindlichen sowjetischen Streitkräfte erstellt. Andere waren in der Beschaffung bei nachgeordneten Kommandostellen aktiv gewesen. Diese Expertise boten sie nun den Amerikanern an. Entsprechende Verhandlungen führte der ehemalige Leiter von FHO, Generalmajor a. D. Reinhard Gehlen. Aber auch Offiziere aus der ehemaligen Beschaffung versuchten, sich selbst und ihre Netze den britischen oder amerikanischen Besatzungsstreitkräften anzudienen. Die Amerikaner reagierten zögerlich und misstrauisch. Unter den vielen Deutschen, die sich den Siegermächten anboten, waren die Leute um Reinhard Gehlen ein besonders delikater Fall, politisch wie auch geheimdienstlich.

Die Geschichte dieser Kontaktaufnahme durch Gehlen ist oft beschrieben und mit allerlei Legenden umrankt worden. Sie wurde in Publikationen der Unabhängigen Historikerkommission gründlich untersucht, weshalb hier nur einige kurze Bemerkungen erforderlich sind.<sup>10</sup> Zunächst betrachteten die US-Geheimdienstleute die Gruppe um Gehlen und die von ihnen aufbewahrten FHO-Unterlagen nur als Kriegsbeute, die es näher zu untersuchen galt. Die Papiere reihten sich in eine große Masse von geheimdienstlich interessanten Beutedokumenten und -geräten ein. Erst nach einjähriger Prüfung des Falles war man im Sommer 1946 bereit, die Deutschen als Experten für die Aufklärung der sowjetischen Streitkräfte zu beschäftigen.

Nach und nach wurden weitere ehemalige Wehrmachtsoffiziere sowie zivile deutsche Ostexperten hinzugeholt, um Informationen aus dem Osten auszuwerten.